



des Reichstags im gegenwärtigen Moment eine Behebung der parteipolitischen Schwierigkeiten bringt, ist nicht wahrscheinlich, daß aber in der Frist bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstags die finanziellen Schwierigkeiten nicht behoben werden können, ist sicher. Welcher Weg also auch gewählt wird, in der Zwischenzeit wird eine andere Regierung in irgendeiner Form die Deckung des Defizits versuchen müssen, und diese Regierung wird eine sein, die sich von der Sozialdemokratie viel stärker distanziert als es die Regierung Brüning bisher getan hat.

Die Maßnahmen dieser Regierung dürften kaum ar-  
beiterfreundlicher ausfallen als die gegenwärtige  
Notverordnung. Auf diesen Umstand müssen wir alle unsere  
Anhänger immer wieder hinweisen, in welchem Lager sie auch  
stehen. Die Unmöglichkeit, im Reichstag eine Mehrheit zu  
finden, kann die Bildung einer außenparlamen-  
tarischen Regierung zur Folge haben und unseren  
Kampf in das Land statt ins Parlament verlegen. Wir wer-  
den ihn auch dort zu führen wissen, aber jeder Sozialdemo-  
krat muss sich darüber klar sein, daß dieser Kampf dann ge-  
führt wird gegen eine geschlossene Front des Bürgertums und  
seine Gefolgschaft aus allen Lagern, daß dieser Kampf geführt  
werden muß bei einer noch weiteren Ver-  
schlechterung seiner Lebenslage und der Ge-  
fährdung seiner politischen Rechte.

Es wäre eine Illusion, die zu schweren Enttäuschungen führen müßte, wenn sich der Glaube festsetzt, die Sozialdemo-

## Bg. Eisenbahnrat

Uns wird die Abschrift eines amtlichen Schriftstücks übermittelt, dessen erster Teil so aussieht:  
Reichsbahn-Betriebsamt Chemnitz, am 2. Juni 1931  
Chemnitz 1  
Betriebsamt

Betrifft: Sachsenstag der NSDAP. am 6. und 7. Juni 1931  
Die Festordnung sieht Massenveranstaltungen am 6. abends und 7. mittags und abends vor. Danach sind zu erwarten: Hauptzugstrom nach Chemnitz in den Nachmittagsstunden des 6. und den Vormittagsstunden des 7. Hauptzugstrom von Chemnitz bei den Spätzügen beider Tage. Die Vorreitengesellen fahren zum größten Teil zwar mit Kraftwagen, der Eisenbahn wird aber ein starker Verkehr an Buschauern bleiben.

Es folgen dann im einzelnen Angaben über die Verstärkung von Bügen und über Vorlesungen, die getroffen werden sollen, um notwendigenfalls Sonderzüge bereitzuhalten. Unterschrieben ist das Schriftstück von einem Reichsbahnrat Fischer.

Es wird also hier in einem amtlichen Schriftstück von den Nationalsozialisten schlechthin als „Parteigenossen“ gesprochen. Dieser Reichsbahnrat Fischer scheint sich einzubilden, daß er sich schon im Dritten Reich befindet. Die Reichsbahn ist zwar jetzt nicht mehr unmittelbar ein Betrieb des Reiches, aber sie befindet sich immerhin noch in seinem Besitz. Es ist ein tolles Stück, daß ein Beamter der Reichsbahngeellschaft es wagen kann, in einem amtlichen Schriftstück von den Nazis so zu sprechen, als wenn es selbstverständlich wäre, daß also die Beamten, in deren Hände das von ihm unterfertigte Schriftstück kommt, „Parteigenossen“, das heißt also Nazis, sind. Dringend nötig wäre es, daß diesem Herrn Reichsbahnrat von seiner vorgesetzten Behörde klar gemacht wird, daß wir wenigstens vorläufig noch nicht im Dritten Reich sind, und daß es für ihn keine „Parteigenossen“ zu geben hat, sondern nur Fahrgäste.

fraten seien in diesem Reichstag hart gespielt, den Anschlag auf die Abstimmung der breiten Massen abzuwehren. Das haben die Massen des 14. September bereitgestellt, die uns auf ein Viertel des neugewählten Parlaments herabdrängten. Dieses Viertel wird den Kampf führen, aber es kann keine Mehrheit bilden. Die Hoffnung auf die Nationalsozialisten ist ettel. Sie haben, wie jedermann weiß, ihre erste und höchste Parole: „Nieder mit dem Young-Plan!“ durch Stimmenthaltung zu Fall gebracht. Sie werden erst recht ihre sozialen Parolen verleugnen, aber ihren erreichten Einfluß bemühen, um diese politischen Rechte zu befestigen, was sie offen bekennen, um den Einfluß der Massen auf die Gesetzgebung endgültig zu brechen.

"Aussprechen, was ist" war seit Vossalle der erste Grundfaß im Kampf der deutschen Arbeitersklasse. Wir dürfen unsere Anhänger nicht im unklaren lassen, daß bei der Wirtschaftskrise und die Finanzlage des Reiches unter allen Umständen zunächst Västen auf sie gewählt werden, daß gerade eine Aenderung unserer bisherigen Taktik das nicht verhindern kann, nicht höhere Gerechtigkeit, sondern größere Ungerechtigkeit zur Folge haben muß. Das ergibt sich, weil die Gegner im Parlament und leider auch im Runde in der Mehrheit sind, weil die finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus der Krise ergeben, niemand die Möglichkeit einer sofortigen Erleichterung schaffen. Erfolge, Fortschritte sind nur möglich nach neuen schwereren Kämpfen. Für diese Kämpfe unter härteren politischen und sozialen Voraussetzungen zu rüsten, ist in dieser Stunde Pflicht unserer Organisation.

00 Mark bezog Nöhm am 28. Mai 1928, doch steht nicht fest, mit diesem Geld bekommen hat.

In Wirklichkeit war es also so, daß die Republik den Bürgern einen bedeutenden Bushud für die Deckung Kosten des Prozesses gab, den sie gegen ihn als Hochverräter strengt hatte! Das ist wahrlich eine gestellte Situation. Wenn ich sage, daß die Subventionierung Röhms in die Kette geht, so fällt. Als Grasser in das Reichswehrministerium unterließ der Hochverrater offenbar seine Unterricht und so blieb darauf vor, von München nach Bolivien übergreifeln, Hitler als Wehrminister der NSDAP nach Deutschland zurückholte.

## Die Republik bezahlt ihren Bürger

B. Münzen, 18. Juni. (Sig. Dr.)

In den gefährlichsten Feinden der demokratischen Republik steht der militärische Befehlshaber der Hitler-Partei, der sogenannte Stabschef der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln, Ernst Möhm, deutscher Hauptmann und bolivianischer Oberstleutnant a. D. Für die Republik ist die Affäre Möhm eine offenkundige Tragikomödie. Denn die Republik finanziert den Verschwörer nicht nur mit einer laufenden monatlichen Pension von 335,25 Mark, sondern sie gewährt ihm auch noch auf sein Verlangen in den Jahren 1924/28 eine Reihe von Subventionierungen, die, wie bekannt geworden, zusammen 1820 Mark betragen.

Neben diese Unterstützungen, an denen das Reichswehrministerium mit 1420 Mark und das Reichsarbeitsministerium mit 400 Mark beteiligt ist, weiß die sozialdemokratische Münchener Post interessante Einzelheiten mit.

Den ersten Betrag mit 200 Mark zahlte das Reichswehrministerium am 16. September 1924 mit einer Postanweisung an Röhm, der diese Summe zum Ausgleich einer Forderung des Versorgungsamtes München-Südtirol als Rüderstättung für zuviel gezahlte Pension verwenden sollte. Röhm führte aber keinen Pfennig ab, und als er vom Versorgungsamt wiederholts gemahnt wurde, bat er das Reichswehrministerium um eine neue Unterstήlung von 500 Mark. Er begründete dies damit, daß ihm durch seine Verurteilung im Hitler-Prozeß 1700 Mark Gerichtskosten und 8000 Mark Anwaltskosten entstanden seien, weshalb er sich jetzt in großer Not befände. Außerdem sei ihm auf einer Reise von Berlin nach München ein Koffer im Werte von 1500 Mark gestohlen worden. Das Reichswehrministerium war daraufhin außerordentlich entgegenkommend und zahlte an Röhm "durch besondere Verfügung" nicht nur 500, sondern sogar 7000 Mark Unterstήlung aus (8. Mai 1925). Ein Jahr später, am 20. April 1926, öffnete dann das Reichsarbeitsministerium den Beutel für Röhm und gab ihm 100 Mark einmalige Unterstήlung, dann am 1. Juli des gleichen Jahres wieder das Reichswehrministerium mit 800 Mark, dann am 5. April 1927 das Arbeitsministerium mit 800 Mark und am 17. Januar 1928 nochmals das Reichswehrministerium mit 800 Mark.

**Der Stahlhelm wird noch ruppiger**

D. Berlin, 15. Juni. (Eig. Junt.) Der Berliner Poli-  
sident hat das offizielle Organ des Stahlhelms  
und der vorleseten Notverordnung bis 28. Juni verboten.  
Begründung für dieses neue dreiwöchige Verbot wird  
geben, daß in der Nummer 23 des Stahlhelms der Reichskan-  
zler Reichsfinanzminister durch eine Rarifikatur groß  
impt und böswillig verächtlich gemacht wurde.  
Die Bundesleitung des Stahlhelms sucht sich jetzt bewusst  
aureden, daß die

## Der Stahlhelm wird noch ruppiger

D. Berlin, 15. Juni. (Eig. Fünf.) Der Berliner Poli-  
sident hat das offizielle Organ des Stahlhelms  
und der vorlesenden Rötherordnung bis 28. Juni verboten.  
Begründung für dieses neue dreiwöchige Verbot wird  
geben, daß in der Nummer 23 des Stahlhelms der Reichsfan-  
der Reichsfinanzminister durch eine Karikatur grob  
im pf und böswillig verächtlich gemacht wurde.  
Die Bundesleitung des Stahlhelms sucht sich nicht bewusst  
zu erkennen, ob sie

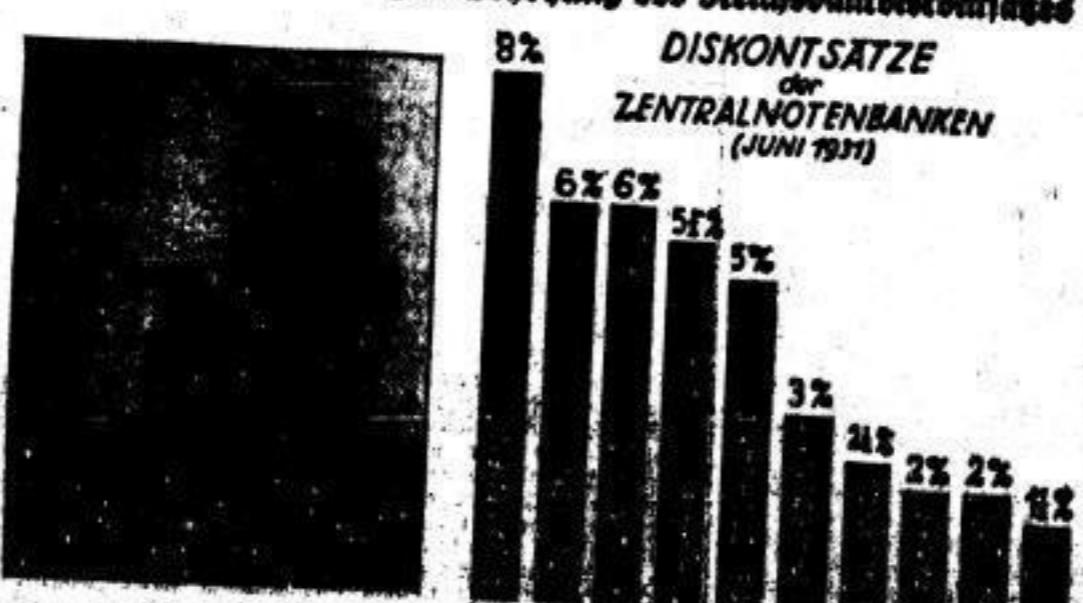
## Friedensrede Briana

D. Maria 15. Juni 1912. —

D. Partie, 15. Juni. (Eig. Gutspruch.)  
Auf einem Bankett eines Frontlämpferverbandes besuchte sich Außenminister Briand am Sonntag u. a. mit dem Deutschen Außenminister. Man habe versucht, so führte er aus, den Deutschen zu organisieren, und er hoffe, daß demnächst die Frankreich verständnis für die zwischen einem Volke, dem es zugewandt (gemeint ist Deutschland), und Frankreich liegen, fallen würden. Das werde nicht leicht sein, aber es gehe auch kein Grund vor, sich entmutigen zu lassen. Briand besaßte sich dann mit der Organisation des Verbands. Diese Organisation läme für ganz Europa im Interesse. Deutschland und Frankreich seien zwei Elemente. Über es gäbe noch andere. Er hoffe, daß andere demnächst in diese Organisation eintreten, dann sei es wirklich unmöglich sein, den Frieden zu erhalten. Die europäische Union sei inzwischen etwas machbar geworden. Er verspreche, solange er tätig sei, und bis er atme, auf ihrem Wege fortzufahren.

Iher Herrn Luther kam es offenbar darauf an, ein  
Iungssignal aufzurichten, er will damit allen,  
es angebt, sagen, daß eine politische Krise wirtschaftlich  
zu ertragen ist. Bei der Deutschen Volkspartei scheint  
Luther schon zuwege gebracht zu haben, daß man  
eigenen Krisenmacheret Angst bekommen hat, aber  
der Berliner sollte sich die Maßnahme der Reichsbank  
ernung dienen lassen, er braucht nicht nur die Deutsche  
partei, sondern auch die Sozialdemokratie, des  
s Unerträgliches zumuten darf, wenn er nicht die  
en Gefahren für unser Land herausbeschöndren will.  
tem Willen ist er imstande, wenigstens die schwersten  
der neuen Notverordnung zu mildern. Die Vor-  
bei der Reichsbank zeigen, welch schwere Gefahren  
tschen Volke drohen. Hat die Diskontoberhöhung nicht  
wünschten Erfolg, hört der Devisenabfluss von den  
ant nicht auf, so wird sich die Reichsbank wahrscheinlich  
sen Kredite einzchränken entschließen  
die dann erst recht katastrophal auf das Wirtschafts-  
wesen.

### **Sur Entwicklung und Qualität**



Die Kursentwicklung zeigt, daß die wirtschaftliche Sicherheit eines Landes proportional zu seinem Dienstleistungsanteil steht. Das freilich aller Deutschen (Wiederholung) noch immer so wirtschaftsfähige Hessen führt die Reihe der geringen Schließenden an, ob folgt Brandenburg, das nur bei internationalen Reisen nach ausländischen Wohl- und Cultural, das nun jedoch ein deutsches Bild zeigt. Sachsen-Anhalt folgen, das funktionieren eines Dienstleistungsanteils nicht freilich auf dem geplanten Rahmen abweichen und 7% zu verlieren, so hoch es an die Reihe mit weitem geplanten Steuern steht.

## Schieberei zwischen Nazis und Kommunisten

D. Berlin, 15. Juni. (Sig. Funkspur.) Am Sonntag vermittelte man im Osten Berlins zu einer blutigen Schieberei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Drei Personen wurden schwer verletzt.

Der Vorfall ereignete sich gegen 7 Uhr morgens an der Bogenstrasse, Ecke Warschauer Strasse. Als dort mehrere Nationalsozialisten in den Häusern Zeitungen vertrieben, wurden sie plötzlich von mehreren Kommunisten angegriffen. Es entstand eine große Schlägerei, in deren Verlauf beide Parteien vor der Schule Gebrauch machten. Erst als ein Überfallkommando eintraf, konnten die Schieberei ein Ende gemacht werden. Acht Personen, sechs Kommunisten und ein Nationalsozialist, wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium übergeben. Unter den Schwerverwundeten befindet sich ein 16jähriger Kommunist, der einen schweren Arm- und Bauchschnitt erhalten hat. Die beiden anderen Verwundeten sind Nationalsozialisten, die ebenfalls Bauchschnitte und Armschüsse davontragen.

### Die Waffen der faschistischen Heimwehren

SPD. Innsbruck, 15. Juni. (Sig. Dröhler.) Die Tiroler Landespolizei umstellt in der Nacht zum Sonntag das Haus des Schachmesters treuen Heimwehrtüpfers Chiggioli und nahm eine Haussuchung nach Waffen vor. Es wurden ein Maschinengewehr, zahlreiche Gewehre, Revolver, Pistolen und viel Munition gefunden. Die Innsberger Schachmester behaupten, daß die Beschlagnahme auf Veranlassung des Heimwehrtüpfers von der anderen Richtung erfolgt sei, der beim Landeshauptmann deshalb vorgesprochen habe. Sein Vorgehen wird als "Verrat" bezeichnet. Infolge des Zwischenfalls sind die Einigungsvorhandungen zwischen den beiden Heimwehrguppen unterbrochen worden.

## Wieder ein russisches U-Boot gesunken

Nach Moskauer Meldungen ist das russische U-Boot "Chabot" im Hafen von Wladivostok. Die Schiffsverluste sind im Gang. Man hat keine Hoffnung, die Besatzung des U-Bootes retten zu können.

**Das Werk des Wipa.** In der letzten Sitzung des Gesetzgebungsrats des Reichstags, in der über die Genehmigung des Reichstags entschieden werden sollte, stimmte der Verteiler der Wirtschaftspartei für den Zusammentreffen des Parlaments. Die Folge war, daß sich dieser Tag mehrere Vertreter aus dem Lande in Berlin zusammenfanden und gegen die Politik des Verteilers Dreiwitz als des Führers des in der Wipa organisierten Interessenklings eine starke Entschließung nahmen. Darin heißt es u. a., daß die Einberufung des Reichstags keineswegs den Interessen des Mittelstandes entspricht. Prompt ist Dreiwitz mit der Erklärung bei der Hand, daß die Proletarier mit der Wipa nichts zu tun haben, während die Angehörigen ihm das Recht absprechen, für die Wipa in ihrer Gesamtheit noch öffentliche Erklärungen abzugeben. — Es spielt wieder einmal in dem Interessentenhause um Dreiwitz.

**Es traut in Braunschweig.** Der Führer des Jungdeutschen Ordens im Lande Braunschweig verlangte in einer öffentlichen Versammlung, daß die Anträge der Sozialdemokraten gegen die "Young-Deutschen" endlich aufgehoben. Im anderen Falle würde sich der jungdeutsche Abgeordnete im Braunschweigischen Landtag gegen die Regierung einsetzen müssen. — Die Franzen-Regierung ist nur durch die Unterstützung des einzigen jungdeutschen Abgeordneten Schröder lebensfähig. Wacht er nicht mehr mit, dann ist die Regierungskraft zu Ende.

**Verhaftungen wegen Anstiftung der Schiebereien im Westen.** In Essen hat die Polizei in den Geschäftsräumen des Kampfbundes gegen den Faschismus und in dem Parteihause der KPD eine Haussuchung vorgenommen, die zur Beschlagnahme von umfangreichem Material führte. Außerdem wurden unter dem Verdacht der Vorberatung zum Hochverrat der Führer des Kampfbundes, der Stadtvorsteher Schwenk, und 12 Personen aus Essen verhaftet, die gerade an einem Vergang über "Strategie und Taktik" teilnahmen. — In Duisburg fand zu gleicher Zeit eine Parallelaktion statt. In einer Wiesbaden in Duisburg-Lüttringhausen wurden 18 Personen verhaftet. Sie werden sämtlich dem Richter vorgeführt werden. — In Köln wurden wegen Beteiligung an den Schiebereien 200 Personen verhaftet, darunter als Führer Kommunisten, die von auswärts stammten.

## Furchtbare Schiffskatastrophe

### Hunderte von Ausflüglern an der bretonischen Küste ertrunken

P. Paris, 15. Juni. (Sig. Funkspur.)

Eine furchtbare Schiffskatastrophe, die aller Voraussicht nach an 400 Menschen das Leben kostet hat, hat sich am Sonntag nachmittag an der bretonischen Küste vor der Loire-Mündung ereignet.

Ein kleiner Ausflugsdampfer, der am Sonntag morgen von Nantes aus mit etwa 500 Mitgliedern der dortigen Arbeitergenossenschaft an Bord nach der vor der Loire-Mündung liegenden Insel Île de Ré geschehen war, ist auf dem Rückweg, etwa fünf Meilen von St. Nazaire entfernt, in einen Sturm geraten und gesunken. Man glaubt, daß die Passagiere, um sich vor dem Wind zu schützen, die Unvorsichtigkeit begangen haben, sich nämlich nach der windgeschützten Seite des Schiffes zu begeben, so daß dieses das Gleichgewicht verlor und von einer Sturzwelle umgeworfen wurde. Die Wörter eines nahegelegenen Beobachters waren Angewangen der Katastrophe. Sie alarmierten sofort die Hafeneinführung von St. Nazaire, die zwei Dampfer nach der Unglücksstelle entsandte. Infolge des hohen Seegangs war das Rettungswerk sehr erschwert. Beide Rettungsschiffe lehrten die Rettungsdampfer mit nur acht Leben und zwei Leichen an Bord nach St. Nazaire zurück. Die genaue Zahl der Opfer läßt sich noch nicht feststellen, da ein Teil der Ausflügler auf der Insel zurückblieb und das Festland über einen Damm erreichen wollte, der bei Ebbe passiert ist. Die Fahrt war bereits so stürmisch, daß viele Personen krank wurden und daher auf die Rückreise zu Wasser bestiegen.

Einer der Geretteten hat dem Beobachter des Matin in St. Nazaire folgende Schilderung der Katastrophe gegeben:

"Ich war mit meiner Mutter, die leider auch ertrunken ist, an der Steuerbordseite gewesen. Glücklich leben wir, wie ich das

Schiff unter dem Gewicht der auf der Backbordseite hinziblenden Passagiere auf die Seite legte. Im gleichen Augenblick kam eine furchtbare Welle auf uns zu, die den Dampfer völlig umwarf. Innerhalb einer Minute begann er, mit dem Riel nach oben, in den Fluten zu versinken. Ich bewegte im Wasser ein Ruder, an das ich mich festklammerte. Riesige Wellen von mir entfernt sah ich ein Rettungsdampfer des Dampfers, in dem bereits einige Passagiere Platz genommen hatten. Ich machte übermenschliche Anstrengungen, um dies zu erreichen, und wurde in das Boot gesogen. Die furchtbare See brachte das Boot aber zum Kentern. Zwei Insassen ertranken. So gut es ging, näherte ich mich an dem treibenden Boot fest, bis die Rettungsdampfer erschienen. Um mich herum sah ich Männer, Frauen und Kinder auf dem Wasser, die so furchtbare Schreie ausstießen, daß das Brausen des Sturmes überdeckt wurde. Eins nach dem anderen sahen wir in den Fluten versinken. Nach meiner Ansicht sind etwa 350 Personen an Bord gewesen, da 100 bis 150 Personen auf der Insel zurückgeblieben sind."

Die Nachricht von dem Unglück hat in Nantes eine außerordentlich große Erregung hervorgerufen. Bei Tagesschau und mehreren Rettungsdampfern nach der Unglücksstelle abgegangen.

## Letzte Meldung von 12 Uhr mittags

wib. St. Nazaire, 15. Juni. Außer der Bergung von 8 Überlebenden bei furchtbaren Schiffbruchsläden in der Nähe des Hafens von Roazhon sind weitere Nachrichten über die Rettung von Passagieren nicht mehr eingetroffen. Man muß daher annehmen, daß die Zahl der Ertrunkenen etwa 300 beträgt.

**Der Schäferprinz**

Auf Schloß Klein-Glienicke, das dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehört, wird der Auslauf der Hohenzollern-Tradition in Kürze fortgesetzt werden. Friedrich Leopold will wieder Geld nötig. Verkauft werden sollen, vor allem Mobiliar und Kunstsgegenstände von zum Teil sehr hohem Wert. Mit der Versteigerung hofft sich der Prinz endgültig zu sanieren.

### Zum Tode verurteilt und freigesprochen

In Posen wurde im Wiederaufnahmeverfahren der wegen der Ermordung seiner Chefräuber und Stiefschöpfer zweimal zum Tode verurteilte Gottlieb Treitz aus Bromberg freigesprochen. Die neue Verhandlung hat ergeben, daß die Verbrechensgründe für ein Todesurteil nicht ausreichten, dagegen wurde einer der Hauptzeugen gegen ihn als der wahrscheinliche Täter bezeichnet.

### Ein Bataillon vergifft

Ein Bataillon Bataillon Gendarmerie, das in der Nähe der Hauptstadt auf einem Feldmarsch befand, erkrankte an schweren Vergiftungserscheinungen. Der Zustand von über 200 Gendarmen war so bedenklich, daß sie sofort in die Lazarette geschafft werden mußten. Da kein Transportmittel zur Verfügung stand, fuhr man die Schwerverletzten in Viehwagen zurück. Die Untersuchung der Massenerkrankungen ergab, daß vergifteter Käse die Ursache war.

## Wettervorbericht für den 16. Juni

Wolzig bis sehr, ohne wesentliche Witterungsänderung. Sehr geringe Winde, vorwiegend mäßiger Südwest.

## Dresdner Kalender

### Theater am 16. Juni

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Staatsoper

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".

#### Opernhaus

(D.R.P.) Dienstag, 16. Juni, 19.31 Uhr, "Die Wölfe von Bagdad".









# Gegen die Notverordnung

Von den verschiedenen Seiten geben und lebhaft proteste gegen die Notverordnung an. Wir sind nicht imstande, diese Antritte alle in vollem Umfang abzubringen, da durch der uns zur Verfolgung stehende Raum weit überschritten würde, müssen und vielmehr damit begnügen, einen Teil des Inhalts dieser Schriftseite wiedergeben.

Einem Artikel von Max Richter I., Vorsitzendem der Ortsgruppe Dresden im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Krieger-hinterbliebenen, entnehmen wir folgendes:

"Nunmehr liegt die 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 vor, die am Kriegsopferat eine Einsparung von weiteren mindestens 85 Millionen Mark bringt.

Die wesentlichen Änderungen sind: eine Rentenverminde rung bei allen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die am Kriegsopferat die Vermögen des platten Landes betrifft, da es in der Ostzone D darin keine Geldzulage mehr gibt.

Bei Leidbeschädigten kommt die Kinderzulage für das erste Kind (gleich 20 Prozent der nach § 27 Abs. 1 und 28 RVO, zu stehenden Gebühren) in Fortfall. Schwerbeschädigte werden hierdurch nicht betroffen.

Der Anspruch auf Heilbehandlung ist grundsätzlich nur noch den Beschädigten garantiert, die wegen einer durch eine Dienstbeschädigung verursachten Gesundheitsstörung einen anerkannten Anspruch auf Rente haben. Den anderen Kategorien von Kriegsbeschädigten kann die Verwaltungsbürokratie Heilbehandlung gewähren.

Außerdem vorstehenden Einschränkungen und Stützungen werden aber zweifellos Härten durch den neuen Wortlaut des § 62 des Reichsverfassungsgesetzes hervorgerufen, der ohne Rücksicht darauf, ob ein Versorgungsberechtigter ledig, verheiratet, Familienvater von einem oder mehreren Kindern oder ledig durch Kriegsdienstbeschädigung mehr oder weniger lange fristlos ist, automatisch und schematisch dort die Renten zur Hälfte zum Ruhetag bringt, wo ein Einkommen über 210 M. von Kriegsbeschädigten Beamten, Angestellten und Arbeitern aus öffentlichen Mitteln bezogen wird.

Kein anderer Personenkreis des deutschen Volkes ist bisher im Verhältnis zu seinem Einkommen in solch einem Umfang und Maße an den Leistungen für die Volksgesamtheit herangezogen worden, wie dies hier bei den kriegsbeschädigten Beamten ist, mit einem Schlag geschieht."

An Hand einiger Beispiele wird dann dargelegt, wie stark sich das Einkommen der kriegsverletzten Beamten vermindert. Das Einkommen eines Beamten mit Frau und drei Kindern, der bisher 250 M. Gehalt und 118,80 M. Rente bezog, vermindert sich z. B. um die Gehaltskürzung von 30,70 M. und um 31 M. Kürzung der Rente, zusammen also um 61,70 M. monatlich, das sind rund 23 Prozent Kürzung seiner bisherigen Bezüge. Es heißt dann weiter:

"Die Beispiele offenbaren grobe soziale Härten, wie sie bis her in der sozialen Versorgungsgelehrung nicht zu verzeichnen gewesen sind."

Auch die Gehälter und Löhne von Beamten, Angestellten und Arbeitern eines privatwirtschaftlichen Unternehmens, das von dem Reich, einem Lande oder einer Gemeinde zur Aufrechterhaltung des Betriebes Zuflüsse (Weitsagen, Subventionen) erhält, die für den Betrieb kommenden Zeitraum mehr als 50 Prozent seiner Einnahmen ausmachen, fließen aus öffentlichen Mitteln im Sinne der Kürzungsvorchrift.

Ergänzend wird bemerkt, daß erwerbsfähige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene von den neuen Kürzungen nicht betroffen werden.

Die Folgen der Notverordnung sind unübersehbar und ganz nicht alle auszudenken."

Der Ortsausschuss Dresden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich in einer Versammlung seiner Funktionäre am 11. Juni 1931 mit der Wirtschaftskrise und den Wirkungen der 2. Notverordnung. Eine einstimmig angenommene Entschließung entnehmen wir folgendes:

"Die versammelte Beamtenschaft erklärt, daß sie es niemals dagegen gewehrt habe, Kosten, die gerecht auf die Allgemeinheit verteilt werden, mittengen zu helfen. Insbesondere als freigewirtschaftliche Beamte fühlen sie sich am ehesten mit den weiten Kreisen der notleidenden Arbeiterschaft verbunden. Die neue Kürzung der Gehälter überschreitet aber bei weitem die Grenze des

Möglichen und stellt eine unerträgliche Ungerechtigkeit dar. In einer unerhörten Weise erfaßt die Notverordnung das Beamteneinkommen, während dagegen die übrigen Einkommen viel geringer besteuert werden.

In aufrigender Weise bevorzugt die Verordnung wieder diejenigen Kreise, die in den letzten Jahren die unverschämtesten und verantwortungslosesten Beamten- und Arbeiterschaft getrieben haben.

Die Versammelten verkennt auch nicht, daß die Beamten diesen Zustand zum Teil selbst mit verhängnisvollen Mitteln verursacht haben, indem sie in ihrer Mehrzahl ihre Stimme den Vertretern der Rechtsradikalen, den Nationalsozialisten und auch den Kommunisten gegeben haben.

Wir rufen den gesamten Beamtenschaft zu: Wacht auf zur politischen Einsicht! Nicht nur eure Existenz ist in Gefahr, sondern auch eure Ideale und politischen Freiheiten drohen verloren angehen.

Von ihren Spartenorganisationen verlangen die versammelten Funktionäre sofortige Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ziele: Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeiten und Belastung nach dem Grade der Leistungsfähigkeit."

Einer Befehl des Verbandes der Sächsischen Schutzpolizei entnehmen wir folgendes:

"Mit höchster innerer Empörung hat der Geschäftsführer des Vorstandes des Verbandes der Sächsischen Schutzpolizei vom Inhalt der 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 Kenntnis genommen. Anstatt ein allgemeines Volksopfer zu verlangen — dementsprechend wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen — hat man der Beamtenschaft erneut ein weiteres Sonderopfer allerchristlicher Natur diktiert. Dieses Diktat fordert zu schärfstem Protest heraus.

Die Notverordnung stellt die Beamtenschaft erneut unter Ausnahmerecht. Wieder wird den wirtschaftlich Schwächeren in größerem Umfang als den wirtschaftlich Starken genommen.

Der Verband der Sächsischen Schutzpolizei protestiert entschieden gegen die in der Notverordnung enthaltenen, höchst ungünstigen und durchaus einseitigen Regelungen und verlangt in erster Linie sofortige ernsthafte Maßnahmen zur Senkung der Preise, der Wohnungsmieten, die Herausnahme des Wohnungsneubaus aus der Kürzung, die Herabsetzung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen, die Honorare der ärztlichen Gebührenordnungen und insbesondere die umgehende Offenlegung der Steuerarten.

Von der sächsischen Regierung erwartet der Verband der Sächsischen Schutzpolizei, daß sie alles tut, um die Reichsregierung zu einer Änderung der Notverordnung zu bewegen.

Nur durch eine Befestigung der Tributzahlungen kann dem deutschen Volk und damit auch der Beamtenschaft in ihrer Verantwortung geholfen werden."

dabei auf Vorgangs gestellt, die teilweise bis zum Jahre 1929 zurückreichen. Das Landgericht hat aber nur als erwiesen angesehen, daß in Einzelfällen wohl eins Kinderbeschaffung der Verdächtige erfolgt ist, was der Privatkläger aber nicht gesagt habe, so daß er dafür nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Das Landgericht hat auch den merkwürdigen Standpunkt eingenommen, daß Herr Rutschmann seinen Vorwurf machen könne, sich um die Dinge nicht gekümmert zu haben, und bei unserem Genossen den Schuh des § 198 verlegt.

Hierzu legt Revision der Genossen Zwilling vor. Sie wandte sich gegen die vom Landgericht beliebte Auslegung des Begriffs der Ausbeutung. Der Privatkläger wäre verpflichtet gewesen, sich nach der Begehung seiner Arbeit zu erläutern. Außerdem wurde ungünstige Beschränkung der Verteidigung durch Ablehnung des Beweisantrages gerügt, daß sich Herr Rutschmann während des Krieges einer Garunsicherung aus Frankreich auf Kosten des deutschen Volkes unbedenklich gemacht habe. Eine weitere Rüge betraf die Nichtzulassung des § 198.

Das Oberlandesgericht Dresden hat das Rechtsmittel verworfen. Die Auslegung eines Begriffs liege auf tatsächlichem Gebiete. So wie das Landgericht den Begriff der Ausbeutung ausgelegt habe, sei es denkbarlich möglich und nicht gegen allgemeine Erfahrungsgrenzen verstoßen. Wenn der Taxifahrer die Ausbeutung objektiv verneint werde, so sei es unerheblich, ob der Privatkläger auf die Begehung seiner Arbeit Einfluß nehmen soll. Deshalb sei die Richterstellung eines dahingehenden Beweisantrages nicht zu beanstanden. Was den Beweisantrag wegen der Garunsicherung anlangt, so sei an dem vom Reichsgericht aufgestellten Grundsatz streng festzuhalten, daß die Identität der behaupteten Tatfrage mit der zu beweisenden Tatfrage feststehen müsse. Es komme nicht darauf an, ob der Privatkläger etwa in anderer Richtung ehrlichkeit und würdig ist. Schließlich hat der Senat auch die Rüge hinsichtlich des § 198 für unbedenklich erklärt. Es habe sich nicht um eine Angelegenheit gehandelt, die dem Angeklagten persönlich nahegegangen wäre. Auch habe die Neuerung nur in einem außerordentlich kleinen Zusammenhang mit dem Zwischenfall gestanden.

Sowohl das Oberlandesgericht wie die beseitigten den "Arbeiterfreund" Rutschmann um seinen Erfolg nicht. Die Arbeiterschaft wird ihm richtig eingeschätzen wissen. Und vor allem: der Vorwurf, daß er in der Kriegszeit Garne aus Frankreich auf Kosten des deutschen Volkes verschoben hat, bleibt auf Herrn Rutschmann sitzen.

**Panzerversammlung der Krankenkassen.** Der Landesverbund Freistaat Sachsen des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, E. V., hält am 21. und 22. Juni in Weimar eine Landesversammlung ab. Die Tagessitzung steht außer dem Geschäftsbereich und organisatorischen Fragen, über die Stadtrat Genohe Kirchhof, Dresden, referiert, über die Behandlung des Themas "Der Vertrauensarzt in der Krankenversicherung" (Referent Dr. Mosbach und Geschäftsführer Olrich) sowie einen Vortrag "Hygiene und Krankenversicherung" von Professor Dr. Tieke vor. Anschließend findet die Mitgliederversammlung des Landesverbandes Sächsischer Krankenkassen, E. V., statt.

**Chemnitz. Schwerer Autounfall.** Gestern abend kurz nach 9 Uhr fuhr der Beifahrer eines Brauerei auf der abschüssigen Stolberger Straße in schnellem Tempo, die Linke Straßenfeile einholtend, gegen einen Baum, überfuhr einen zweiten Straßenbaum und kam beim dritten Baum quer zur Straße zum Stehen, wobei er umstürzte. Der Beifahrer wurde aus dem Wagen geschleudert und war sofort tot. Der Chauffeur erlitt einen schweren Schädelbruch sowie eine Gehirnerstickung und wurde dem Krankenhaus zugeführt. Sein Zustand ist hoffnungslos.

## Sächsische Verkehrstagung

**Kommunalpolitische Probleme, Fremdenverkehr und Arbeitsnot**

ib. Der Sächsische Verkehrsverband hielt seinen 4. Sächsischen Verkehrstag am 18. und 19. Juni in Coburg im Bittauer Schloß ab. Den Höhepunkt der Tagung, der ein Aussprachen-Mittwoch vorausging, wobei man sich auf die reinen Reiseverkehrsfragen beschränkte, bildete zunächst ein Referat von Oberbürgermeister Dr. Kühl, Dresden, der über

### Kommunalpolitik und Fremdenverkehr

sprach. Gegenüber den Nur-Interessen-Politiken um sich der Redner wirkungsvoll die Aufgaben der Kommunalpolitik, vor diesem Gesichtspunkt aus den Fremdenverkehr betrachtend. Für eine gefundiene Fremdenverkehrsförderung bleibe Voraussetzung, sich frisch zu halten von einem Aufspielen der Gemeinden und Städte gegeneinander. Jeder Ort, jede Stadt und jede Landschaft zeigen ein eigenes Gepräge. Damit müsse man werben, ohne unlauteren Wettbewerb, der sich darin äußere, daß sich viele Gemeinden oder Städte als Autotourismus, ohne auch nur im geringsten den Gewerbetourismus zu entsprechen. Das sei zweifellos eine ungünstige Entwicklung, der man unter Umständen mit einem Reichsturz gegegensehen könnte, ohne bürokratisch zu verfahren. Better wendete sich der Redner gegen eine Verkehrswehrung der Gemeinden, die nicht regionaler und örtlicher Werbung entspricht (Auslandswerbung) und Mittelverwendung bedeutet. Gemeinsames Zusammenarbeiten von Verkehrsamt, Verkehrsverein und Reisebüro sei durchaus zweckmäßig, wie auch eine richtige Verkehrspolitik, international geleitet, wirtschaftlich und kulturell nur förderlich wäre. Vernünftige Verkehrsüberzeugung sei durchaus produktiv angelegtes Kapital, deshalb sollte man in der Zeit der Wirtschaftskrisis hier sparen. Die ganze Tätigkeit der Gemeinden auf diesem Gebiete müsse sich aber freihalten vor jeglicher Bürokratie. Kommunalpolitik und Fremdenverkehrsüberzeugung müßten aber im letzten Bilde getragen sein von dem Geiste, kulturell und wirtschaftlich zu wirken, im friedlichen Wettbewerb mit den Völkern dieser Erde.

Als zweiter Redner sprach der Direktor des Landesberatungsausschusses Sachsen, Oberregierungsrat Büttich, Dresden, zum Thema **Fremdenverkehr und Arbeitsnot**, der auf die allgemein wirtschaftliche Lage hinwies und betonte, daß die Arbeitssättigung an der Fremdenverkehrsfrage nicht vorübergehen könne. Ein Fremdenverkehr, der sich aufbaute als ein Privileg bestehender Städte, sei längst überwunden. Eigentlich müsse der Mensch, der am Schweren arbeitet, die größte Art der Erholung haben, und die Gewerkschaften haben es heute als eine selbstverständliche Erholung in den Tarifverträgen verordnet, daß jeder Arbeitnehmer auf seinen Aufenthalten die Möglichkeit hat, seine Erholung in der Fremdenverkehrsarbeit verfügen darf. Gegenüber den Gemeinden und Städten, die nicht regionale und örtlicher Werbung entsprechen, ohne auch nur im geringsten den Gewerbetourismus zu entsprechen. Das sei zweifellos eine ungünstige Entwicklung, der man unter Umständen mit einem Reichsturz gegegensehen könnte, ohne bürokratisch zu verfahren. Better wendete sich der Redner gegen eine Verkehrswehrung der Gemeinden, die nicht regionaler und örtlicher Werbung entspricht (Auslandswerbung) und Mittelverwendung bedeutet. Gemeinsames Zusammenarbeiten von Verkehrsamt, Verkehrsverein und Reisebüro sei durchaus zweckmäßig, wie auch eine richtige Verkehrspolitik, international geleitet, wirtschaftlich und kulturell nur förderlich wäre. Vernünftige Verkehrsüberzeugung sei durchaus produktiv angelegtes Kapital, deshalb sollte man in der Zeit der Wirtschaftskrisis hier sparen. Die ganze Tätigkeit der Gemeinden auf diesem Gebiete müsse sich aber freihalten vor jeglicher Bürokratie. Kommunalpolitik und Fremdenverkehrsüberzeugung müßten aber im letzten Bilde getragen sein von dem Geiste, kulturell und wirtschaftlich zu wirken, im friedlichen Wettbewerb mit den Völkern dieser Erde.

Als dritter Redner sprach der Direktor des Landesberatungsausschusses Sachsen, Oberregierungsrat Büttich, Dresden, zum Thema

### Fremdenverkehr und Arbeitsnot,

der auf die allgemein wirtschaftliche Lage hinwies und betonte, daß die Arbeitssättigung an der Fremdenverkehrsfrage nicht vorübergehen könne. Ein Fremdenverkehr, der sich aufbaute als ein Privileg bestehender Städte, sei längst überwunden. Eigentlich müsse der Mensch, der am Schweren arbeitet, die größte Art der Erholung haben, und die Gewerkschaften haben es heute als eine selbstverständliche Erholung in den Tarifverträgen verordnet, daß jeder Arbeitnehmer auf seinen Aufenthalten die Möglichkeit hat, seine Erholung in der Fremdenverkehrsarbeit verfügen darf. Gegenüber den Gemeinden und Städten, die nicht regionaler und örtlicher Werbung entsprechen, ohne auch nur im geringsten den Gewerbetourismus zu entsprechen. Das sei zweifellos eine ungünstige Entwicklung, der man unter Umständen mit einem Reichsturz gegegensehen könnte, ohne bürokratisch zu verfahren. Better wendete sich der Redner gegen eine Verkehrswehrung der Gemeinden, die nicht regionaler und örtlicher Werbung entspricht (Auslandswerbung) und Mittelverwendung bedeutet. Gemeinsames Zusammenarbeiten von Verkehrsamt, Verkehrsverein und Reisebüro sei durchaus zweckmäßig, wie auch eine richtige Verkehrspolitik, international geleitet, wirtschaftlich und kulturell nur förderlich wäre. Vernünftige Verkehrsüberzeugung sei durchaus produktiv angelegtes Kapital, deshalb sollte man in der Zeit der Wirtschaftskrisis hier sparen. Die ganze Tätigkeit der Gemeinden auf diesem Gebiete müsse sich aber freihalten vor jeglicher Bürokratie. Kommunalpolitik und Fremdenverkehrsüberzeugung müßten aber im letzten Bilde getragen sein von dem Geiste, kulturell und wirtschaftlich zu wirken, im friedlichen Wettbewerb mit den Völkern dieser Erde.

Der Redner sprach die Vorteile der Reiseverkehrsart aus und betonte, daß sie nicht nur eine wichtige Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden darstellt, sondern auch eine wichtige Quelle für die Arbeitsnot ist. Die Verteilung der Reiseverkehrsart auf die verschiedenen Städte und Gemeinden ist ungleichmäßig, was die Arbeitsnot verschärft. Die Verteilung der Reiseverkehrsart auf die verschiedenen Städte und Gemeinden ist ungleichmäßig, was die Arbeitsnot verschärft.

Der Redner sprach die Vorteile der Reiseverkehrsart aus und betonte, daß sie nicht nur eine wichtige Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden darstellt, sondern auch eine wichtige Quelle für die Arbeitsnot ist. Die Verteilung der Reiseverkehrsart auf die verschiedenen Städte und Gemeinden ist ungleichmäßig, was die Arbeitsnot verschärft.

# Uralzess' großer Gläubiger

Im Uralzess-Prozeß trat am Montag vormittag der Dresdner Fabrikant Riedel noch einmal als Zeuge auf. Er ist der Mann, bei dem Uralzess schon im Herbst 1925 Schulden in Höhe von anderthalb Millionen hatte, an den er nachher die angeblichen Schadenerfahrsprache abtrug und dem er auch noch Hoffnungen zu machen wußte, als bereits die Schadenerfahrsprache des Berliner Anwalts Dr. Graubach ergebnislos verlief.

Riedel muß über ein unverhülltes Vertrauen verfügt haben. Er hoffte immer wieder, doch noch zu seinem Gebot kommen, und warf gutes Geld dem Schlechten nach. Auch als eine nächste Schadenerfahrsprache an Dr. Steinmetz übertragen worden war, und das Ergebnis, daß in der Auszahlung von 700.000 M. bestehen sollte, ausblieb, ist das Vertrauen Riedels noch nicht erschöpft gewesen.

Der Zeuge berichtet in seiner jetzigen Aussage über die Umstände, die zu jenem Gläubigerkonflikt in Berlin führten, dann über deren Verlauf selbst. Steinmetz habe in Berlin gesagt, daß die Auszahlung noch verzögert, bestimmt aber noch vor Weihnachten zu erwarten sei. Schließlich ließ Uralzess seinen Blatt legen, indem er unter dem Siegel der Vertragsunterzeichnung bestätigte, er sei bei Scheidemann gewesen, und die Angelegenheit werde nunmehr nach Eingang noch einiger Unterlagen in den nächsten Tagen erledigt sein. Daraufhin — der Gläubiger war froh — folgten Verhandlungen über eine Girosanktion für Uralzess. Daß Riedel sich einige Zeit darauf noch breitlachen ließ, ein Dreimonatsabzug über 20.000 M. zur Verfügung zu stellen, dazu bestimmt ihn, wie er als Zeuge sagt, einmal die Angabe des Dr. Steinmetz, er habe selbst auch 30.000 M. in die Sache gestellt, zum andern aber die Verhandlungen, daß die 700.000 M. sicher seien und ein Erfolg sei der Unterredung mit Scheidemann zu erwarten sein sollte. Riedel beginnt noch immer, er könne mit 30.000 M. bis 70.000 M. rechnen, obwohl ihm selbst sein Kontrahenter bestätigt habe, daß er doch nicht noch weiteres Geld in die Sache kosten solle. Ueberragt hat Dr. Türl, als das Blatt gegeben worden war und er dies von Uralzess erfuhr, zu ihm gesagt: entweder sei er ein Genie oder aber ein Gaunder.

Das enorme Vertrauen auf in die Sache Scheidemann erhebt und, wie dies bestimmt sein soll, außerordentlich bezeichnende Fabrikanten und Industrielle pflegen nach allen Erfahrungen alles andere, nur keine Freunde der Sozialdemokratie zu sein. Wahrhehe sind über gängen Interessen berat auf gerichtet, unsere Partei mit jedem Mittel zu bekämpfen und sie in ihrer Arbeit einzufangen

### Großneuer in Königsberg

Freitagabend brach in dem am Altonäischen Markt gelegenen Kaufhaus Feuer aus. Es breitete sich rasch mit wachsender Geschwindigkeit über das ganze Gebäude aus. Um dem Brand Fahrzeug zu entziehen, wurden große Mengen brennende Teppiche, Stoßballen u. a. durch die Fensterwände aus dem Gebäude geworfen. Der Wirtmarkt wurde auch zu Dienstzeiten besucht. Das Feuer hat den Dachstuhl sowie das gesamte Obergeschoss des vierstöckigen Gebäudes vollständig zerstört. Einige Geschäftsräume haben keinen Verlust erlitten.

### Wiesenflugzeug

Wie die polnische Presse meldet, beschädigte ein polnisches Flugzeug ein Verkehrsflugzeug, das 20 Passagiere auf dem Flug nach Warschau trug.







# Der Baugewerksbund an Brünning

In einem Schreiben an den Reichskanzler, in dem auch die Fortsetzung nach Einführung der Vierzigstundentwoche wiederholt wird, beschäftigt sich der Baugewerksbund mit der durch die Rechtsordnung geschaffenen Lage und führt unter anderem folgendes aus:

Die Bauarbeiterchaft ist schon seit Jahren unter Beauftragung auf den Saisoncharakter ein beliebtes Objekt für die Reformen der Arbeitslosenversicherung. Für sie sind schon bisher eine ganze Anzahl von Ausnahmestellungen in Kraft, und da die neue Rechtsordnung eine ganze Reihe einschneidender allgemeiner Verschlechterungen der Unterstützung bringt, könnte die Bauarbeiterchaft wohl erwarten, nicht nochmal weiteren befürchteten Verschlechterungen der Unterstützung unterworfen zu werden. Sie kann das um so mehr erwarten, als die der Reichsregierung wohl bekannte ungeheure Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mit irgendwelcher Verursachtheit nichts mehr zu tun hat. Zugleich sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Vergrößerung der Unterstützungsverschlechterungen für die Bauarbeiter mit dem Saisonzuschlag, der angeblich in ausreichendem Maße in den Bauarbeiterlöhnen enthalten sei, durch den Lohnabbau im Baugewerbe ihre von uns schon immer bestreitete Berechtigung vollends verloren hat. Sind doch die Stundenlöhne im Baugewerbe durch Lohnsenkungen und Lohngruppierungen der Lohnklassen im allgemeinen um 12 bis 15 Pf. und in Einzelfällen sogar bis zu 35 Pf. gesenkt worden.

Nun ist es schon nach den bisher geltenden Bestimmungen des ADGB für jeden Bauarbeiter ein Glückfall, in den Gewiss-

der ordentlichen Unterstützung zu kommen. Es ist deshalb vollständig ungerechtfertigt, für diejenigen Bauarbeiter, die die schweren Bedingungen für den Unterstützungsbeginn erfüllen, noch eine über die allgemeinen Verschlechterungen hinausgehende besondere Rücksicht der Unterstützungsduauer und eine grundsätzliche Senkung des Unterstützungsbezuges auf die Stufen der Arbeiterunterstützung anzuerorden. Diese Bestimmungen bedeuten, daß die Bauarbeiter während ihrer Beschäftigung wohl die ordentlichen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu entrichten haben, doch aber anderseits praktisch aus der Arbeitslosenunterstützung fast vollständig ausgeschaltet sind und grundsätzlich nur als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger behandelt werden.

Die Bauarbeiterchaft muß diese Veränderung aus dem öffentlichen Unterstützungswege so kräftevoll empfinden, als sie gleichzeitig zu Sonderleistungen für die Allgemeinheit herangetragen wird. Wird sich nämlich die Rücksichtnahme der Lohnsteuererstattungen schon als allgemeine Strafsteuer auf Arbeitslosigkeit aus, so gewinnt sie bei der derzeitigen katastrophalen Lage des baugewerblichen Arbeitsmarktes geradezu den Charakter einer Sonderstrafe für die Zugehörigkeit zu baugewerblichen Berufen. Dieser Sachverhalt wird noch dadurch verschärft, daß für die neue Arbeitersteuer eine Entlastungsmöglichkeit gleichfalls ausgeschlossen ist.

Zu dieser Politik können wir kein Wort der Entschuldigung finden. Eine stark zunehmende Radikalisierung muß die unvermeidliche Folge sein."

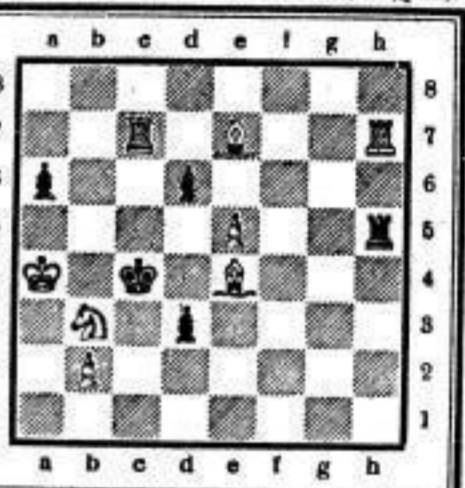
Strafvollzugsbeamten Schober beleuchtet. Die österreichische Regierung habe allem Anschein nach nicht die Absicht, den Strafvollzug zu reformieren. Sie habe lediglich unter dem Druck der öffentlichen Meinung einige Neuerlichkeiten der deutschen Reform (Radio, Kino, Blumen und dergleichen) übernommen; der Geist des alten Strafvollzugs sei jedoch geblieben. Der Widerstand gegen eine Modernisierung des Strafvollzugs liegt in der politischen Struktur Österreichs. Die Rechtsparteien sträubten sich noch immer gegen jede Reform. Der Gedanke des neuen Strafvollzugs sei in Österreich nur von der freigewerkschaftlichen Organisation aufgegriffen worden. Sie habe zu diesem Zweck Kurse eingerichtet, um ihre Mitgliedschaft über die Bedeutung einer modernen und human eingestellten Betreuung der Gefangenen zu unterrichten. Durch Zusammenarbeit mit der deutschen Freiwilligenorganisation werde es hoffentlich gelingen, auch in Österreich vorwärtszukommen.

In der Aussprache wurde an der Personalkasse. In den Strafanstalten schärfte Kitzls gefügt. An vielen Beispielen aus der Praxis wurde dargelegt, daß auch hier wieder einmal am falschen Fleck gespart wird, da der Abbau bereits zu einer Gefahr für den Strafvollzug wie zu einer Bedrohung der Strafvollzugsbeamten an Leben und Gesundheit geführt hat.

Ein neuer Manteltarif und ein Gegenabkommen für die Filmkompanien ist zwischen dem Filmdarstellerkartell und dem Verband der Filmindustriellen abgeschlossen worden. Das neue Gegenabkommen sieht ein Mindesthonorar von 10 M. pro Tag vor. Es gilt für Darsteller im gewöhnlichen Anzug oder Kostüm. Steigerungen bis zu 15 M. sind je nach Toilette und besonderen förderlichen Leistungen (Reiten, Schwimmen und dergleichen) vorgesehen. Überstunden müssen besonders entlohnt werden. Für Sonnab- und Nacharbeit sind Bushläge von 50 Prozent vorgeschrieben. Als Arbeitstag gilt der Achttundertag. Die Kompanien sollen möglichst über den öffentlichen Arbeitsnachweis bezogen werden. Das Filmdarstellerkartell sieht sich zusammen aus der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, dem Deutschen Chorsängerverband, dem Tänzerbund und der Internationalen Artistenloge.

## Schach

Bearbeitet vom Erbener-Schachverein Dresden.  
Aufgabe 681. E. Löbel, Dresden (Original).



Weiß zieht an und setzt im dritten Zug matt.

Zur Kontrolle: Weiß: Kd4, Th7, e4, Le7, Sb3, Bb2, e5 Schwarz: Kc4, Te7, h5, Ba8, d3, d6 (7: 8, 3t).

Lösung zu Aufgabe 680 (G. Heidrich), mit schwarzen Dame auf e7. 1. Th4! Damecheck, im Endspiel, d. g. wenn Schwarz angreifen möchte, folgt auf e4 Lxg4 und auf L beliebig TxS-Ram, aber es Txf4, L beliebig Sxg7 und S beliebig Lxf7.

Richtig Lösungen: E. Löbel, Freiberg; A. Ruhrt, Gesamtschule Waldhof; E. Löbel, Dresden; E. Röhrich, Krippen; E. Lorenz, Freital; A. Sieber, Dorf Wehlen; R. Claus, Radebeul; W. Schneider, Schnitz.

## Schachnachrichten

Kreismeisterschaft. Die Rämpe werden schon in diesem Jahr ausgetragen. Erste Begegnungen: am 5. Juli Görlitz-Dresden in Bautzen und Leipzig-Chemnitz in Waldheim.

4. Bezirk. Der 4. Bezirk veranstaltet in Schneeberg im Erzgebirge am 30. August ein Jugendtreffen. Vorgesetzte sind: Schüler- und Jugendmannschaftsspiele, Blindspieler, Oligoturniere, Propagandauzuflüsse. Vereine oder Einzelteilnehmer melden bis 8. Juli an. B. Ulrich, Dresden-R. 28, Olzager Straße 88.

Dresden. In der 7. Runde des Abteilungsmasterspiels treten an am Montag: Reußstadt II-Wieschen, Reußstadt II-Oppelvorstadt II, Reußstadt III-Alstadt II; am Dienstag: Friedrichstadt-Johannstadt; am Mittwoch: Oppelvorstadt I-Angi, Tetta I-Schwarzer Turm, Tetta II-Böhlau III; am Freitag: Böhlau I-Alstadt I, Leuben-Strelitz I, Böhlau II-Strelitz II.

In Pirna findet am 10. Juli ein Begegnungsspiel an 40-45 Brettern zwischen Dresden und Böhmisch-Mährisch-Weißeritz statt.

Die Abteilung Ratz lädt zu einem Kinderturnier am 8. August ein. Vor einer schweren Aufgabe wurde am Dienstag die Jugendmannschaft gestellt. Reußstadt IV trat gegen sie mit 9 Mann an. Der Spielerlauf entsprach den Erwartungen, erzielte nach schwerem Kampf jedoch nur die bessere Endspielbilanz der Reußstädter durch Resultat 8:1 für Reußstadt. Am Dienstag in Richters Restaurant treten die Schüler von Oppelvorstadt und Böhlau zu einem Wettkampf an. Beginn 18 Uhr.

Heidenau. Am 18. Juni Fortsetzung des Turniers über das Damengambit.

Rabenau. Der nächste Wettkampf mit Cöthmannsdorf ist am Donnerstag im Turnerheim.

Spieldaten des Deutschen Meisterchaftsbundes, 4. Kreis, 4. Bezirk:

Seiter: B. Ulrich, Dresden-R. 28, Olzater Straße 88

Wittnau: Freiberger Hof, Freiberger Platz 27 (Wittnau);

Rindergrund von 17.30 Uhr an.

Cotta: Weidental, Weidentalstraße (Wittnau).

Friedrichstadt: Röhl, Wallstraße (Dienstag).

Johannstadt: Röhl, Wagner, Schönstraße 1 (Dienstag).

Leubnitz: Stäffeler (Donnerstag); Rindergrund von 18 Uhr an.

Strelitz: Gansow (Dienstag).

Oppelvorstadt: Jugendheim, Strelitzer Straße (Dienstag); Sonnabend 17.30 Uhr an.

Reußstadt: Görlitzer Garten, Görlitzer Straße (Dienstag).

Ottendorf: Kleinsch. Reinhardt, Kleinsch. Kleinsch. 4 (Wittnau).

Rindergrund von 18 Uhr an.

Wieschen: Rektorat, Wieschen, Wieschen (Dienstag).

Strelitz: Strelitz, Strelitz, Strelitz (Dienstag).

Görlitz: Görlitz, Görlitz, Görlitz (Dienstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).

Reußstadt: Reußstadt (Donnerstag).

Ottendorf: Ottendorf (Donnerstag).

Wieschen: Wieschen (Donnerstag).

Strelitz: Strelitz (Donnerstag).

Görlitz: Görlitz (Donnerstag).

Rabenau: Rabenau (Donnerstag).